

Die Ansiedlungskommission für Westpreussen und Posen im Jahre 1910.

Die durch die Allerhöchste Verordnung vom 21. Juni 1886 eingesetzte Kommission für die Ausführung des Gesetzes, betreffend die Beförderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreussen und Posen, vom 26. April 1886 hat ihre Arbeiten am 24. August 1886 begonnen, kann also jetzt auf eine 25jährige Tätigkeit zurückblicken.

Bis Ende 1910 hat die Kommission nach der 1910er Denkschrift der Staatsregierung im ganzen 385 460 ha (nach dem Ergebnisse der Neu-messung 390 189 ha) oder $67 \frac{9}{10}$ Quadrat-Meilen Land mit 3 643 489 M. Grundsteuer-Reinertrag für 366 769 048 M. erworben, und zwar 358 455 ha Gutsland (683 Güter) mit 3 361 480 M. Grundsteuer-Reinertrag für 329 742 307 M. und 27 005 ha Bauernland (537 Grundstücke) mit 282 009 M. Grundsteuer-Reinertrag für 37 026 741 M. Im Durchschnitte sind für 1 ha vom gesamten Landerwerbe 952 M., für 1 ha Gutsland 920 M. und für 1 ha Bauernland 1371 M. gezahlt worden. Das Verhältnis des Kaufpreises zum Grundsteuer-Reinertrage stellt sich beim gesamten Landerwerb auf 100,7 : 1, beim Gutsland auf 98,1 : 1 und beim Bauernland auf 131,3 : 1.

Von dem erworbenen Lande sind bis Ende 1910 im ganzen 343 346 ha verwendet: 265 249 ha sind Ansiedlern überlassen, 28 974 ha öffentlichen Zwecken, nämlich der Ausstattung von Gemeinden, Kirchen und Schulen, Wege- und Vorflutanlagen usw., gewidmet, 42 111 ha an andere Staats-verwaltungen abgegeben oder sonst veräussert und 7012 ha sind in fertigen, aber nicht eingerichteten Ansiedlungen für öffentliche Zwecke bestimmt oder einstweilen im Eigentume des Staates zurückbehalten. Auf den 265 249 ha sind 18 127 Ansiedlerfamilien angesetzt, die Ansiedlerfamilie hat also im Durchschnitte 14,6 ha erhalten. Im einzelnen sind gebildet worden: 1548 (8,5 v. H.) Stellen bis zu 2 ha, 1101 (6,1 v. H.) Stellen von 2 bis 5 ha, 2589 (14,3 v. H.) Stellen von 5 bis 10 ha, 5515 (30,4 v. H.) Stellen von 10 bis 15 ha, 4568 (25,2 v. H.) Stellen von 15 bis 20 ha, 1515 (8,4 v. H.) Stellen von 20 bis 25 ha, 1089 (6,0 v. H.) Stellen von 25 bis 50 ha, 141 (0,8 v. H.) Stellen von 50 bis 100 ha und 61 (0,3 v. H.) Stellen von mehr als 100 ha Grösse. Der Wert, mit dem die überlassenen Stellen den Ansiedlern angerechnet sind, beträgt im ganzen 235 804 717 M. oder im Durchschnitte für eine Stelle 13 008 M. und für 1 ha blosses Stellenland 889 M.; dem Staate fliessen dauernd an jährlichen Gefällen von dem Land im ganzen 7 734 701 M. oder im Durchschnitte von einer Stelle 427 M. und von 1 ha 29 M. zu.

Ausser den 18 127 Ansiedlerfamilien hat die Ansiedlungskommission 380 Arbeiterfamilien in staatlichen Arbeiterstellen (Einzelwohnung mit Gartenland), die sie in den Ansiedlungen eingerichtet hat, mietweise angesiedelt.

Die Zahl der neuen, mit Gemeindeverfassung versehenen Ansiedlungsdörfer beträgt 295; sie wird sich in Kürze um 50 weitere Dörfer vermehren, die fertig besiedelt, aber noch nicht als Gemeinden eingerichtet sind. Mehr als 340 kleinere Ansiedlungen sind alten Land- oder Stadtgemeinden angegliedert oder in solchen gegründet worden. 47 Kirchen, 30 Bethäuser, 50 Pfarreigehöfte, 421 Schulgehöfte und 494 Gebäude für Gemeindezwecke hat die Ansiedlungskommission in den Ansiedlungsdörfern mit einem Geldaufwande von mehr als $13\frac{1}{2}$ Millionen M. errichtet.

Auf 324 Ansiedlungsgütern sind 53 659 ha Ackerland durch Drainage entwässert, ferner sind 4632 ha Moorkulturen ausgeführt, 305 ha Wiesen ausgebaut, und 182 km Wege durch Pflasterung oder Chausseierung befestigt. 453 638 Obstbäume sind in den Ansiedlungen mit Geldunterstützung der Ansiedlungskommission gepflanzt.

Hand in Hand mit der Gründung neuer Ansiedlungen geht in Westpreussen seit 1906, in Posen seit 1904 die Festigung des alten deutschen Besitzstandes, durch die zugleich eine allmähliche Entschuldung des Grundbesitzes angebahnt wird. Sie wird in Westpreussen durch die Deutsche Bauernbank, in Posen durch die Deutsche Mittelstandskasse vermittelt. Das dazu erforderliche Geld gibt die Ansiedlungskommission aus besonders dafür bestimmten Fonds her. Bis Ende 1910 waren im ganzen 4278 Bauernwirtschaften und 57 grössere Güter zusammen mit einer Fläche von 118 546 ha gefestigt. Dazu ist eine Summe von 47 970 051 M. aus den Fonds der Ansiedlungskommission verwendet worden. Der unmittelbare Geldvorteil, der den gefestigten Besitzern aus der Festigung durch die Ersparnis an Jahresleistungen erwächst, beträgt bei den 4278 Bauernwirtschaften 422 691 M. und bei den 57 grösseren Gütern 33 704 M. aufs Jahr, und wenn man nur die frühere und die neue Zinsenlast gegenüberstellt, also die Leistungen zur Schuldenabtragung und die geringen Nebenleistungen nicht einrechnet, bei den bäuerlichen Grundstücken 813 983 M. und bei den Gütern 143 679 M. jährlich.

Bis Ende 1910 waren 683 585 300 M. aus den Fonds der Ansiedlungskommission ausgegeben und 207 452 700 M. zu den Fonds eingenommen.

Im Jahre 1910 waren die Ergebnisse der Tätigkeit der Ansiedlungskommission nicht günstig; der Landerwerb war schwierig und teuer und die Zahl der angesetzten Familien ist trotz einer Zunahme der Zahl der Bewerber hinter der der Vorjahre zurückgeblieben. Die Ansiedlungskommission hat 5 Staatsdomänen mit einer Fläche von 1937 ha und 26 279 M. Grundsteuer-Reinertrag für 3 095 794 M. und 3 Stiftsdomänen — 2 vom Stift Neuzelle und 1 von der Kloster-Bergeschen Stiftung — mit einer Fläche von 2083 ha und 18 770 M. Grundsteuer-Reinertrag für 2 421 000 M. übernommen und nur 12 Güter mit einer Fläche von

9140 ha und 47 818 M. Grundsteuer-Reinertrag für 8 091 940 M. aus Privatbesitz gekauft. Ausserdem hat sie 32 Bauernwirtschaften mit einer Fläche von 1738 ha rund 17 354 M. Grundsteuer-Reinertrag für 2 986 935 M. erworben, davon 1 in der Zwangsversteigerung. Im Durchschnitt stellte sich der Preis:

	für 1 ha M.	für 1 M. Grund- steuer-Reinertrag M.
bei den Staatsdomänen	auf 1598	117,8
„ „ Stiftsdomänen	„ 1162	129,0
„ „ Gütern aus Privatbesitz	„ 885	169,2
„ „ Gütern insgesamt	„ 1034	146,5
„ „ Bauernwirtschaften	„ 1718	172,1
bei dem Gesamterwerb	„ 1114	150,6

Der Durchschnittspreis ist zwar nach der Fläche nicht unbeträchtlich billiger als der der Ankaufsjahre 1905 bis 1909, der bei den Gütern 1149, 1383, 1471, 1123 und 1237 M. und beim Gesamtankauf 1184, 1423, 1508, 1181 und 1272 M. betrug, übersteigt dagegen im Verhältnisse zum Grundsteuer-Reinertrage den aller früheren Jahre bedeutend; in dem bisher teuersten Jahre 1906 hatte sich der Grundsteuer-Reinertrag zum Kaufpreise bei den gekauften Gütern wie 1 : 138 und beim Gesamterwerbe wie 1 : 142 verhalten. Der billige Hektarpreis erklärt sich daraus, dass unter den aus Privatbesitz gekauften Gütern eine Herrschaft, die bei 5423 ha Flächeninhalt mehr als die Hälfte Wald und Wasser enthält, und ausserdem noch mehrere Güter mit geringem Boden sind. Das dem Staate durch das Gesetz über Massnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreussen und Posen vom 20. März 1908 zugestandene Recht, zum notwendigen Schutz und Ausbau deutscher Niederlassungen Grundeigentum auch gegen den Willen des Eigentümers in Anspruch zu nehmen, ist bisher nicht ausgeübt worden. Der polnische Wettbieter beteiligt sich wieder mit den bekannten Kniffen und mit zunehmendem Wagemut am Grundstücksgeschäft. Es wird auch sonst wieder am Grundbesitzmarkte wie am Spieltische gewagt und gesetzt. Man wird annehmen müssen, dass auf diese ungesunden Verhältnisse die Preissteigerung und der geringe Ankauf der Ansiedlungskommission aus privater Hand im wesentlichen zurückzuführen sind. Die stärkere Heranziehung von Domänen- und Korporationsbesitz hat dieses ungünstige Ergebnis nicht ausgeglichen; der Stellenlandvorrat der Ansiedlungskommission ist von 41 324 ha auf 35 648 ha zurückgegangen. Es ist zu wünschen, dass es gelinge, die Schwierigkeiten, die dem ausreichenden Landerwerb und damit der erfolgreichen Fortführung des bedeutungsvollen Ansiedlungswerkes hinderlich sind, in der Folgezeit zu überwinden.

Das Ansiedlungsgeschäft des Jahres 1910 hat mit 1240 vergebenen Ansiedlerstellen abgeschlossen; dazu kommen 358 vergebene Stellen, die schon in früheren Jahren aus Vorbehalten in älteren Ansiedlungen und durch Stellenteilungen entstanden und mit Ansiedlern besetzt, aber in den Besiedlungsergebnissen der einzelnen Jahre nicht enthalten waren, so dass

in der Denkschrift für 1910 im ganzen 1598 endgültig vergebene Stellen als Jahresergebnis nachgewiesen sind, und zwar 1369 (85,7 v. H.) Renten- und 229 (14,3 v. H.) Pachtstellen. Unter den Rentenstellen sind fünf grössere Güter.

Ein Vergleich des Ergebnisses der Stellenauslegung und der Stellenvergebung in den verschiedenen Grössenklassen am Schlusse des Jahres 1910 mit den Ergebnissen früherer Zeitabschnitte gibt ein beachtenswertes Bild von der Entwicklung des Siedlungsgeschäftes der Ansiedlungskommission, und bietet wertvolle Anregungen für die Gründung von Ansiedlungen im allgemeinen. Es waren in den Grössenklassen von

	0—2 ha	2—5 ha	5—10 ha	10—15 ha	15—20 ha	20—25 ha	25—50 ha	50—100 ha	100 u. mehr ha
bis Ende 1896									
a) ausgelegt									
Stellen überhaupt	438		489	570	560	409	443	84	13
v.H. der 3006 ausgelegten Stellen	14,6		16,3	18,9	18,7	13,6	14,7	2,8	0,4
b) vergeben									
Stellen überhaupt	252		431	429	336	207	244	64	12
v.H. der 1975 vergebenen Stellen	12,8		21,8	21,7	17,0	10,5	12,4	3,2	0,6
v. H. der in jeder Klasse ausgelegten Stellen . .	57,5		88,1	75,3	60,0	50,6	55,1	76,2	92,3
bis Ende 1901									
a) ausgelegt									
Stellen überhaupt	886		946	1315	1429	804	705	114	18
v.H. der 6217 ausgelegten Stellen	14,3		15,2	21,2	23,0	12,9	11,3	1,8	0,3
b) vergeben									
Stellen überhaupt	693		860	1032	903	556	536	100	15
v.H. der 4695 vergebenen Stellen	14,8		18,3	22,0	19,2	11,9	11,4	2,1	0,3
v. H. der in jeder Klasse ausgelegten Stellen . .	78,2		90,9	78,5	63,2	69,2	76,0	87,7	83,3
bis Ende 1906									
a) ausgelegt									
Stellen überhaupt	1549		2261	3762	3294	1231	911	130	20
v.H. der 13158 ausgelegten Stellen	11,8		17,2	28,6	25,0	9,4	6,9	1,0	0,1
b) vergeben									
Stellen überhaupt	1392		2175	3386	2852	1127	879	128	18
v.H. der 11957 vergebenen Stellen	11,6		18,2	28,3	23,9	9,4	7,4	1,1	0,1
v. H. der in jeder Klasse ausgelegten Stellen . .	89,9		96,2	90,0	86,6	91,5	95,9	98,5	90,0

	0—2 ha	2—5 ha	5—10 ha	10—15 ha	15—20 ha	20—25 ha	25—50 ha	50—100 ha	100 u. mehr ha
bis Ende 1909									
a) ausgelegt									
Stellen überhaupt	1403	1207	2639	5251	4418	1467	1057	147	53
	2610								
v.H. der 17642 ausgelegten Stellen	8,0	6,8	15,0	29,8	25,0	8,3	6,0	0,8	0,3
	14,8								
b) vergeben									
Stellen überhaupt	985	1158	2576	5028	4146	1410	1032	142	52
	2143								
v.H. der 16529 vergebenen Stellen	6,0	7,0	15,6	30,4	25,1	8,5	6,2	0,9	0,3
	13,0								
v. H. der in jeder Klasse ausgelegten Stellen . .	70,2	95,9	97,6	95,8	93,8	96,1	97,6	96,6	98,1
	82,1								
bis Ende 1910									
a) ausgelegt									
Stellen überhaupt	1903	1142	2620	5717	4776	1575	1116	143	67
	3045								
v.H. der 19059 ausgelegten Stellen	10,0	6,0	13,7	30,0	25,1	8,3	5,8	0,7	0,4
	16,0								
b) vergeben									
Stellen überhaupt	1548	1101	2589	5515	4568	1515	1089	141	61
	2649								
v.H. der 18127 vergebenen Stellen	8,5	6,1	14,3	30,4	25,2	8,4	6,0	0,8	0,3
	14,6								
v. H. der in jeder Klasse ausgelegten Stellen . .	81,3	96,4	98,8	96,5	95,6	96,2	97,6	98,6	91,0
	87,0								

In allen Zeitabschnitten herrschten danach bei der Auslegung die mittleren Stellengrößen von 10 bis 15 ha und von 15 bis 20 ha vor. Unter sich stehen die beiden Größenklassen zunächst ziemlich gleich, 1901 ist die Grösse 15 bis 20 ha stärker beteiligt. Von da an gewinnt aber die Stellengrösse 10 bis 15 ha die grössere Bedeutung und behauptet sie. Beide Stellengrößen haben allezeit guten und stetig steigenden Absatz gefunden, die Stelle von 10 bis 15 ha ist aber mehr begehrt. Der Grund liegt darin, dass sie dem Vermögensstande entspricht, der bei den Ansiedlungsbewerbern am häufigsten anzutreffen ist, nämlich dem von etwa 5000 M. Mit den weiteren Fortschritten in der Bodenbewirtschaftung

und der landwirtschaftlichen Betriebsweise und wenn die Landwirtschaft lohnend bleibt, muss sich diese Stellengrösse zur eigentlichen Bauernstelle entwickeln. Neben ihr hat die Stellengrösse von 5 bis 10 ha, die sogenannte Halbbauernstelle, zunehmend stärkere Beachtung bei den Ansiedlungsbewerbern und der Ansiedlungskommission gefunden; auch hier hängt die steigende Nachfrage natürlich mit der besseren Bodenausnutzung infolge der gehobenen Betriebsweise und mit den guten Preisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse wesentlich zusammen. Dagegen ist der Anteil der grösseren Stellen stetig zurückgegangen. Wird man die Grossbauerngüter auch künftig nicht missen wollen und können, so erscheint doch aus verschiedenen Gründen, namentlich wegen der schwierigen Arbeiterverhältnisse, Vorsicht geboten. Die Nachfrage nach Arbeiterstellen ist dauernd beträchtlich hinter dem Angebote zurückgeblieben trotz der überaus günstigen Ansiedlungsbedingungen, die die Ansiedlungskommission stellt; die Besetzung dieser Anwesen bietet eben ihre besonderen Schwierigkeiten und lässt sich nicht so zwingen, wie es die Schulweisen meinen und fordern. Man darf daher auch die Erfolge der Ansiedlungskommission in diesem Zweige des Ansiedlungsgeschäfts nicht unterschätzen.

Für den wirtschaftlichen Wohlstand der Ansiedlungen gibt die Sesshaftigkeit der Ansiedler und der Einlauf der staatlichen Gefälle einen Massstab ab. Im Jahre 1910 haben von den 15 347 Ansiedler-Rentenstellen, die vorhanden waren, 398 (2,59 v. H.) und von den 2780 Ansiedler-Pachtstellen 75 (2,7 v. H.) den Besitzer gewechselt. Im ganzen unterlagen 473 von den 18 127 Ansiedlerstellen (2,61 v. H.) dem Besitzerwechsel, davon 138 (29,2 v. H.) im Erbgange oder im Wege der Ueberlassung und 9 (1,9 v. H.) in der Zwangsversteigerung. 54 (11,4 v. H.) Veräusserer von Ansiedlerstellen erwarben noch im Jahre 1910 wieder Ansiedlerstellen, andere kauften sich ohne die Hilfe der Ansiedlungskommission in den Ansiedlungsprovinzen an. 342 Pächter konnten im Jahre 1910 ihre Pachtstelle zu eigen gegen Rente erwerben. Die Renten, Pachtzinsen und sonstigen Leistungen an den Staat sind pünktlich eingekommen, der gestundete Rest betrug Ende 1910 nur 0,75 v. H. (8 350 000 : 62 100 M.); ein Erlass von Gefällen war nicht zu verzeichnen.

Auf dem Gebiete der Bodenverbesserung, des Wegebbaus, des Obstbaus und der Rindviehzucht, hat sich die Ansiedlungskommission in der bisherigen Weise weiter betätigt. Für 565 ha Moorkulturen und 25 ha sonstige Wiesenverbesserungen sind 94 800 M. aufgewendet worden, mithin etwa 178 M. für 1 ha verbesserte Fläche. 2417 ha Acker sind drainiert worden, die Drainage hat etwa 200 M. auf 1 ha gekostet. 30 km Wege sind für 482 100 M., etwa 16 M. für das laufende Meter, gepflastert oder chaussiert worden. 1132 Hausgärten sind mit 20 496 Obstbäumen und 52 Muster-Obstanlagen mit 2703 Obstbäumen bepflanzt worden, ausserdem sind 12 322 Obstbäume an Ansiedler geliefert und 11 569 Obstbäume an Wegen gepflanzt worden; hierzu hat die Ansiedlungskommission einen Teil der Kosten beigetragen.

Die Ausbreitung des Genossenschaftswesens ist in richtiger Erkenntnis seiner Bedeutung für das Gedeihen der Ansiedlungen gefördert worden; 16 Spar- und Darlehnskassenvereine und 10 Betriebsgenossenschaften — darunter eine Kartoffeltrocknungs-Genossenschaft in dem Ansiedlungsstädtchen Janowitz in Posen — sind 1910 gegründet worden. Ausserdem sind drei landwirtschaftliche Vereine innerhalb des Gebiets der Ansiedlungen entstanden.

Ueberall herrscht ein reges wirtschaftliches Leben in den Ansiedlungen.

Die Tätigkeit der Kleinsiedlungsgenossenschaften in den Provinzen Posen und Westpreussen im Jahre 1910.

Von Regierungs-Rat Riechert-Posen.

Die Tätigkeit der Kleinsiedlungsgenossenschaften in den beiden Ansiedlungsprovinzen hat im Jahre 1910 zwar guten Fortgang genommen, sie würde aber noch grössere Erfolge erzielt haben, wenn die Genossenschaften nicht absichtlich mit ihrer Tätigkeit zurückgehalten hätten. Durch den Erlass vom 10. August 1909 war in den Provinzen Pommern, Brandenburg, Hannover und Schleswig-Holstein für die Gründung von Arbeitersiedlungen eine Prämie von 800 M. bzw. 500 M. für die Stelle und von 10 M. für jedes angefangene Hektar der besiedelten Fläche unter gewissen Bedingungen gewährt und eine ähnliche Unterstützung der Arbeitersiedlung in den Provinzen Posen und Westpreussen in Aussicht gestellt.

Bei der Unsicherheit, welche über die geplante Massnahme, insbesondere auch darüber herrschte, ob bereits begründete Stellen die Prämie erhalten würden, zogen es viele Genossenschaften vor, ihre Tätigkeit gegenüber der des Vorjahres einzuschränken und den Erlass über die Neuordnung des Kleinsiedlungswesens in den Ostmarken abzuwarten.

Wenn nun auch die Besorgnisse wegen des Ausschlusses der bereits begründeten Stellen sich insofern nicht erfüllt haben, als nach dem Erlass vom 10. September 1910 auch diejenigen Stellen prämiert werden können, deren Errichtung nach dem 1. April 1909 in Angriff genommen ist, ist es doch bedauerlich, dass die rückwirkende Kraft sich nicht auf die Stellen aus dem Jahre 1908 erstreckt, welche nach Erlass des Gesetzes vom 20. März 1908 gegründet worden sind. Dadurch werden nämlich grade diejenigen Genossenschaften, welche auf diesem Gebiete bahnbrechend gewirkt haben, mit einem grossen Teile der von ihnen gegründeten Stellen ausgeschlossen.

Am erheblichsten wurde die Deutsche Kleinsiedlungsgenossenschaft in Ostrowo durch den erwähnten Erlass betroffen. Nach seinen Bestimmungen können nur örtliche Genossenschaften, welche ihre Tätigkeit auf das Gebiet eines oder weniger benachbarter Kreise erstrecken, die Prämien erhalten, und ebenso kann innerhalb eines Bezirkes nur eine Gesellschaft mit Prämien bedacht werden. Als örtlicher Wirkungskreis der Kleinsiedlungsgenossenschaft in Ostrowo sind nur die Kreise Ostrowo, Adelnau, Schildberg und Kempen anerkannt. Die Kleinsied-

lungsgenossenschaft war somit gezwungen, im Interesse ihrer in anderen Bezirken gelegenen Kolonien auf die Gründung örtlicher Genossenschaften bedacht zu sein und ihnen die Fortführung der dortigen Kolonien zu übertragen.

So wurden die Kleinsiedlungsgenossenschaften für die Kreise Hohen-salza, Znin, Gostyn und Koschmin-Krotoschin neubegründet.

Andererseits verloren die beiden in Adelnau und Schildberg neben der Kleinsiedlungsgenossenschaft Ostrowo tätigen Wohnungsbaugenossenschaften den Boden für ihre fernere Tätigkeit.

Die Genossenschaft in Adelnau löste sich auf und übertrug ihre Aktiva und Passiva der Ostrowoer Schwester; die Genossenschaft in Schildberg hat ihre Tätigkeit — nach Abschluss ihrer kleinen Kolonien in Falkenhain — vorläufig eingestellt und wird korporativ der Kleinsiedlungsgenossenschaft in Ostrowo mit einer grösseren Summe beitreten.

So viele Vorzüge nun an und für sich die örtlichen Genossenschaften auf dem Gebiete der Kleinsiedlung vor grösseren Genossenschaften haben, und so richtig es war, diesen Gedanken in dem erwähnten Erlasse an die Spitze zu stellen, so ist es doch zweifelhaft, ob es nicht im Interesse der Kleinsiedlungsgenossenschaft und der ruhigen Entwicklung des Kleinsiedlungswesens in der Provinz überhaupt wünschenswert gewesen wäre, durch geeignete Uebergangsbestimmungen der Kleinsiedlungsgenossenschaft die Abwicklung der Geschäfte in den Aussenkolonien zu ermöglichen. Die Uebertragung der Kolonien auf die neubegründeten Genossenschaften hat sowohl rechtliche, wie auch besonders finanzielle Schwierigkeiten zur Folge gehabt, welche sich für beide Teile auch später noch erheblich geltend machen werden.

Im Jahre 1910 waren folgende Vereinigungen in der Kleinsiedlung tätig:

A. in der Provinz Posen.

1. die Landgenossenschaft, e. G. m. b. H. in Obornik,
2. „ Landgenossenschaftsbank, e. G. m. b. H. in Rawitsch,
3. „ Landgenossenschaft, e. G. m. b. H. in Meseritz,
4. „ Deutsche Kleinsiedlungsgenossenschaft, e. G. m. b. H. in Ostrowo,
5. „ Landgenossenschaft, e. G. m. b. H. in Samter,
6. „ Deutsche Besiedlungsgenossenschaft, e. G. m. b. H. in Strelno,
7. „ Deutsche Wohnungsbaugenossenschaft, e. G. m. b. H. in Opalenitza,
8. „ „ „ „ „ Schwersenz,
9. „ „ „ „ „ Adelnau,
10. „ „ „ „ „ Kriewen,
11. „ „ „ „ „ Moschin,
12. „ „ „ „ „ Schroda,
13. „ „ „ „ „ Schildberg,
14. „ Grunderwerbs u. Kreditbank, e. G. m. b. H. in Krotoschin,
15. „ Deutsche gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft, e. G. m. b. H. in Fraustadt,

16. der Gemeinnützige Bauverein Luisenhain, e. G. m. b. H. in Posen,
17. die Spar- und Darlehnskasse, e. G. m. b. H. in Schönlanke,
18. der Deutsche Arbeiterwohnungsbauverein, e. G. m. b. H. in Bromberg,
19. die Kleinsiedlungsgenossenschaft Pakosch-Bartschin, e. G. m. b. H. in Pakosch (Netze),
20. die Porzellanfabrik Kolmar in Kolmar i. P.,
21. der Deutsche Beamten-Wohnungsbauverein, e. G. m. b. H. in Posen,
22. die Deutsche Arbeiterwohnungsgenossenschaft, e. G. m. b. H. in Posen,
23. „ Kleinsiedlungsgenossenschaft, e. G. m. b. H. in Hohensalza,
24. „ „ „ „ Znín,
25. „ „ „ „ Gostyn,
26. „ „ „ „ Koschmin,
27. „ „ „ „ Krotoschin.

B. in der Provinz Westpreussen.

28. die Abegg'sche Stiftung für Arbeiterwohnungen zu Danzig,
29. „ Deutsche Besiedlungsgenossenschaft, e. G. m. b. H. zu Straburg in Westpreussen,
30. die Deutsche Besiedlungsgenossenschaft, e. G. m. b. H. in Tuchel,
31. „ Deutsche Wohnungsbaugenossenschaft, e. G. m. b. H. in Neustadt, Westpr.,
32. die Deutsche Besiedlungsgenossenschaft, e. G. m. b. H. in Berent,
33. der Eisenbahnverein, E. V. in Dirschau,
34. die Deutsche Kleinsiedlungsgenossenschaft, e. G. m. b. H. in Graudenz,

1. Landgenossenschaft, e. G. m. b. H. in Obornik.

Mitgliederzahl 201 (197) mit 213 (210) Anteilen, Haftsumme 127 000 (126 000) M. Geschäftsguthaben der Mitglieder 8643 (7270) M. Die einzelnen Spargelder stiegen auf 129 933 (103 453) M. Reserven 9460 M. Die Genossenschaft hat im Berichtsjahre ihre Kolonien in Rogasen und Obornik weiter ausgebaut und ihr Arbeitsfeld auf die kleine Stadt Ritschenwalde ausgedehnt. In Rogasen wurden 5, in Obornik 2 und in Ritschenwalde 5 neue Ansiedlerstellen begründet. Ihre Käufer sind meist Handwerker. Insgesamt hat die Genossenschaft bisher gegründet: in Rogasen (32), Obornik (4) und Ritschenwalde (5), zusammen 41 Arbeiterstellen.

Im Jahre 1911 ist ausser dem weiteren Ausbau der alten Kolonien die Neugründung einer Siedlung bei der Stadt Murowana-Goslin geplant. Ausser den Arbeiterrentengütern hat die Genossenschaft im Jahre 1910 in Obornik ein Beamtenwohnhaus mit 5 Wohnungen gebaut.

2. Landgenossenschaftsbank e. G. m. b. H. in Rawitsch.

Mitgliederzahl am Ende des Geschäftsjahres 110 (101) mit 153 (140) Geschäftsanteilen von je 200 M., bei einer Haftsumme von 600 M. Die Tätigkeit der Genossenschaft erstreckte sich auch in diesem Jahr auf ihre beiden Kolonien Bärsdorf und Rawitsch.

In Bärsdorf sind nunmehr 42 Stellen bebaut, davon sind 16 Stellen mit je 1 Morgen Land für städtische Arbeiter, 26 4 Morgenstellen für ländliche Arbeiter bestimmt. Ausser den bereits im Vorjahre verkauften 32 Stellen sind 4 weitere Stellen verkauft und berentet. Ihre Erwerber sind 3 Landarbeiter und 1 Maurer. Eine Baustelle in der Nähe der Stadt wird die Genossenschaft erst später besiedeln.

Im Weichbild der Stadt Rawitsch sind 8 Arbeiterstellen mit je $\frac{1}{2}$ Morgen Land erbaut. Davon sind 5 im Laufe des Berichtsjahres, der Rest im Laufe des Jahres 1911 verkauft und berentet. Ihre Erwerber sind 5 kleine Handwerker, 2 Heizer und 1 Eisenbahnwerkstättenarbeiter.

3. Deutsche Landgenossenschaft e. G. m. b. H. in Meseritz.

Zahl der Genossen am Schlusse des Geschäftsjahres 162 (170) mit 202 (209) Anteilen zu 100 M. bei einer Haftsumme von 200 M.

Im Berichtsjahre wurden 3 Doppelhäuser in Meseritz errichtet, welche an 2 Chausseearbeiter, 1 Ziegelbrenner, 1 Hilfsschaffner, 1 Bierkutscher und 1 Landarbeiter veräussert wurden. Gesamtkaufpreis 30 820 M.

4. Deutsche Kleinsiedlungsgenossenschaft e. G. m. b. H. in Ostowo.

Mit dem Geschäftsbericht für das Jahr 1910 blickt die Genossenschaft bereits auf ein fünfjähriges Bestehen zurück. Das Ergebnis darf wiederum als günstig bezeichnet werden. 96 Stellen mit 78 ha sind im Jahre 1910 verkauft worden. Die Bilanz weist einen Reingewinn von rund 35 000 M. auf. Nach Auszahlung der satzungsgemäss höchst zulässigen Dividende von 4% werden die Reserven auf rund 50 000 M. = 18% der eingezahlten Anteile gebracht sein.

Die Werbekraft des nationalen und sozialen Gedankens, der in der Genossenschaft sich betätigt, zeigen folgende Zahlen:

Ende	Mitglieder	gez. Anteile	Obligationen	Reserven	Reingewinn
1906	63	126	— M.	305 M.	605,00 M.
1907	311	450	13 750 „	2 560 „	6 780,00 „
1908	467	671	128 050 „	11 074 „	9 073,00 „
1909	679	948	171 700 „	24 103 „	9 265,00 „
1910	887	1300	245 750 „	etwa 50 000 „	35 188,47 „

Die Genossenschaft hatte bis Ende 1910 erworben 584 ha, davon 224 ha aus polnischer Hand, verkauft und für die deutsche Hand gesichert 225 Stellen mit 460 ha.

Im Berichtsjahr sind folgende Kolonien neu angelegt und teilweise auch fertig ausgebaut worden.

Im Kreise Gostyn die Kolonien Gostyn (16 Stellen) und Sandberg (8 Stellen). Ein Drittel der Ansiedler sind deutsch-russische Rückwanderer. Der grösste Teil findet Arbeit in der dortigen Zuckerfabrik. Zur vollstän-

digen Fertigstellung der beiden Kolonien ist der Ausbau von noch etwa 10 Stellen nötig. Beide Kolonien sind jetzt an die neugegründete Kleinsiedlungsgenossenschaft Kreis Gostyn abgetreten.

Eine Kolonie von 12 Stellen bei der Stadt Znin. Die Ansiedler finden meist Beschäftigung in der Zuckerfabrik und bei der dortigen Kleinbahn. Es sollen noch etwa 17 Stellen gebaut werden. Die Kolonie wurde von der neugegründeten Genossenschaft Znin übernommen.

Eine Kolonie von 13 Stellen bei der Stadt Ostrowo. Die Ansiedler sind teils Bauhandwerker, teils Angestellte und Arbeiter bei der Bahn. Die Kolonie ist fertig ausgebaut. In diesem Jahr soll indessen im Anschluss daran mit Errichtung einer neuen Kolonie von etwa 25 Stellen begonnen werden.

Die Kolonie Bibianki im Kreise Ostrowo ist mit 2 Stellen fertig ausgebaut. Davon ist die eine bäuerlich, auf der anderen hat sich ein deutsch-russischer Handwerker angesiedelt.

Ausserdem hat die Genossenschaft in diesem Jahr ihre alten Kolonien vergrößert, und zwar Hohensalza und Argenau um 10 Stellen, Ocionz um 5 Stellen. Die beiden vorgenannten Kolonien gehen an die neugegründete Genossenschaft Hohensalza über.

Ganz oder doch grösstenteils zum Abschluss gebracht sind die alten Kolonien: Raschkow, Bierzow, Ferdinandshof, Gruschkowo, Neu-Skal-mierschütz, Schmiegel, Lamki, Przygodzice und Kempen.

Die Kolonie Krotoschin ist an die dortige neugegründete Siedlungsgenossenschaft abgetreten.

Begonnen sind im Berichtsjahr die Kolonien Wilhelmsbrück, Kreis Kempen, und Zembcow, unmittelbar bei der Kolonie Ostrowo. Der Ausbau der letzteren Kolonie wird dadurch sehr erschwert, dass ein benachbarter polnischer Magnat gegen die Gründung Einspruch erhoben hat.

Obwohl die Besiedlung der meisten Kolonien nahezu abgeschlossen ist, ist die Genossenschaft nach wie vor bestrebt, durch allgemeine Massnahmen die wirtschaftliche Erstarkung der Ansiedler auch weiter zu fördern, namentlich auf den Gebieten des Obst- und Gemüsebaues, der Beschaffung guter Saat- und Düngemittel, der Hühner- und Schweinezucht. Gegen 3000 Obstbäume sind bereits an die Ansiedler verteilt.

In dem kleinen Städtchen Raschkow, wo 34 Arbeiterstellen fast ausschliesslich mit deutsch-russischen Rückwanderern besetzt sind, ist die Zahl der Deutschen seit 1905 auf 479 gestiegen, die der Polen von 1349 auf 1292 zurückgegangen.

5. Deutsche Landgenossenschaft e. G. m. b. H. in Samter.

Zahl der Genossen am Schluss des Jahres 1910 58 (58) mit 68 (71) Geschäftsanteilen zu 200 M. und 1000 M. Haftsumme. Nach dem Geschäftsbericht vom vorigen Jahre hat die Genossenschaft von den in Obersitzko zu Kleinsiedlungszwecken erworbenen Ländereien in einer Grösse von 17,5 ha bisher 7,9 ha an 6 Rentengutsnehmer übereignet. Im Laufe des Jahres wurden noch 3 weitere Rentenstellen in einer Grösse

von zusammen 1,8 ha begründet. Die Erwerber waren ein Zimmermann, 1 Arbeiter und ein Dienstmädchen. 1,03 ha sind mit Genehmigung der Königlichen Generalkommission an die Stadt Obersitzko für einen Preis von 1640 M. verkauft worden. Die Stadt Obersitzko hat auf diesen Parzellen eine Gasanstalt errichtet. Ein weiteres Doppelhaus ist erbaut und vorläufig vermietet.

6. Deutsche Besiedlungsgenossenschaft e. G. m. b. H.
zu Strelno.

Die Genossenschaft hat im Jahre 1910 nur die bereits im Vorbericht erwähnte Arbeiterstelle zu einem Kaufpreis von 8700 M. begründet. Ihre weitere Tätigkeit bestand in der Hergabe von Darlehen an die angeschlossenen Genossen.

7. Deutsche Wohnungsbaugenossenschaft e. G. m. b. H.
in Opalenitza.

Mitgliederzahl am Schlusse des Geschäftsjahres 18 (16) mit 58 (56) Anteilen zu 200 M. bei gleicher Haftsumme.

Neue Siedlerstellen sind im Berichtsjahre nicht entstanden, da die Genossenschaft kein geeignetes Land hatte. Es ist ihr nunmehr gelungen, eine geeignete Fläche am Süden der Stadt Opalenitza zum Preise von 24 400 M. zu erwerben, auf welchem die Siedlungstätigkeit im neuen Jahre fortgesetzt werden soll.

8. Deutsche Wohnungsbaugenossenschaft e. G. m. b. H.
in Schwersenz.

Ein Jahresbericht war von der Genossenschaft nicht zu erlangen. Ueber die inneren Verhältnisse der Genossenschaft kann daher nicht berichtet werden.

Die Genossenschaft hat im Jahre 1910 4 Stellen neu errichtet und an 2 pensionierte kleine Beamte, 1 Schiffseigner und einen Arbeiter verkauft. Ausserdem wurden eine Stelle für einen pensionierten mittleren Beamten, sowie ein Bauplatz für ein Gendarmendiensthause freihändig verkauft.

Unter Beteiligung eines Teiles der Ansiedler ist in Schwersenz ein Verkaufsverein ländlicher Produkte begründet, welcher eine Niederlage in Posen errichtet hat. Ob dieses Unternehmen Erfolg hat, lässt sich noch nicht übersehen.

Die von der Königlichen Regierung in Schwersenz zur Anleitung der Ansiedler eingesetzte Gärtnerei hat sich auch im Jahre 1910 erfolgreich betätigt.

9. Deutsche Wohnungsbaugenossenschaft e. G. m. b. H.
in Adelnau.

Die Genossenschaft ist am Schlusse des Jahres in Liquidation getreten; Vermögen und Schulden sind von der Deutschen Kleinsiedlungsgenossenschaft Ostrowo übernommen.

10. Deutsche Wohnungsbaugenossenschaft für den
Kreis Kosten e. G. m. b. H. in Kriewen.

Zahl der Genossen 120 (105) mit 318 (251) Anteilen zu 100 M. bei dreifacher Haftsumme. Im Jahre 1910 wurde die Siedlung in Kriewen weiter fortgesetzt. Ausser den bereits am Schlusse des Jahres 1909 vorhandenen 6 Stellen sind 1910 10 weitere Stellen gebildet worden, welche jetzt verkauft und berentet worden sind. Die Erwerber waren 2 Landwirte (für 2 grössere Stellen), 1 Maler, 1 Bahnwärter, 1 Postschaffner, 1 Maurer, 1 Rentner, 3 Landarbeiter. Durch die Siedlung ist die Zahl der Deutschen in Kriewen um 109 Personen vermehrt.

Die Genossenschaft beabsichtigt, in den nächsten Jahren 2 deutsche Handwerker (Bäcker und Fleischer) anzusiedeln, damit den Deutschen in Kriewen Gelegenheit geboten wird, ihre Einkäufe bei Landsleuten zu machen, was bisher nicht möglich war.

11. Deutsche Wohnungsbaugenossenschaft e. G. m. b. H.
in Moschin.

Die Genossenschaft hat sich auch im Geschäftsjahr 1910 erfreulich entwickelt. Zahl der Genossen 98 (87), mit 242 (208) Geschäftsanteilen zu 50 M. bei einer Haftsumme von 200 M. Im Berichtsjahre wurde die Kolonie Moschin weiter ausgebaut und 9 Stellen verkauft und berentet. Zwei weitere Stellen sind noch unverkauft. Die Erwerber waren: 1 Hilfsweichensteller, 1 Müller, 1 Töpfer, 1 Bauhandwerker, 1 Schneiderin und 4 Handarbeiter.

Die in dem Dorfe Petzen erbauten 2 Doppelhäuser sind verkauft und berentet. Ihre Bewerber waren kleine Handwerker und Arbeiter.

12. Deutsche Wohnungsbaugenossenschaft e. G. m. b. H.
in Schroda.

Mitgliederzahl am Schlusse des Geschäftsjahres 21 mit 98 (100) Geschäftsanteilen zu 100 M. bei einer Haftsumme von 400 M.

Die Genossenschaft baute ihre Kolonie Schroda durch Errichtung von 9 Stellen weiter aus. Davon sind 7 Stellen vergeben, 2 Stellen sind noch zu verkaufen. 5 Stellen sind auf die Rentenbank übernommen. Ihre Erwerber waren 1 Maschinenwärter, 1 Zimmermann und 3 Arbeiter, darunter 1 Landarbeiter, welcher seiner Beschäftigung auch in der Stadt treu geblieben ist.

13. Deutsche Wohnungsbaugenossenschaft e. G. m. b. H.
in Schildberg.

Mitgliederzahl 60 mit 181 Anteilen, die in Höhe von 9050 M. voll angezahlt sind. In der Kolonie Falkenhain bei Schildberg sind 2 weitere Stellen (Doppelhaus) an 2 Arbeiter verkauft und berentet. Von weiteren Unternehmungen hat die Genossenschaft mit Rücksicht auf die in Aussicht stehenden staatlichen Unterstützungen abgesehen.

Nachdem für den Kreis Schildberg die Deutsche Kleinsiedlungsgenossenschaft als örtliche Siedlungsgenossenschaft anerkannt worden ist, kann die Genossenschaft nicht gleichfalls auf staatliche Prämien rechnen, sie hat daher ihre selbständige Tätigkeit vorläufig eingestellt und wird sich als Genossenschaft mit einer grösseren Einlage an die Deutsche Kleinsiedlungsgenossenschaft in Ostrowo anschliessen.

14. Deutsche Grunderwerbs- und Kreditbank
e. G. m. b. H. in Krotoschin.

Die Bank hat in den Jahren 1908/09 3 Arbeiterstellen begründet. Sie setzt ihre Tätigkeit nicht mehr fort, da sich Ende des Berichtsjahres eine neue Siedlungsgenossenschaft für die Kreise Krotoschin—Koschmin gebildet hat.

15. Deutsche Gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaft e. G. m. b. H. in Fraustadt.

Zahl der Genossen am Schlusse des Jahres 1910 57 (55) mit 115 (113) Geschäftsanteilen zu 100 M., bei 200 M. Haftsumme.

Im Jahre 1910 sind 2 Stellen verkauft und berentet. Die Erwerber waren 2 Postunterbeamte. Neue Stellen sind im Jahre 1910 nicht erbaut, die Genossenschaft will vor dem Weiterbau erst abwarten, ob und in welcher Höhe ihr Prämien gewährt werden.

16. Gemeinnütziger Bauverein Luisenhain e. G. m. b. H.
in Posen.

Der Bauverein, welcher ein Gesellschaftskapital von 23 000 M. (22 000 M.) besitzt, hat infolge der bevorstehenden Aenderung des Siedlungsverfahrens eine abwartende Haltung eingenommen.

Es sind daher im Jahre 1910 nur 5 neue Stellen errichtet worden. Die Erwerber sind 1 Strassenbahnwagenführer, 1 Privatförster a. D., 1 Hilfsrottenführer, 1 Schuhmacher und 1 Fleischer.

Der Bauverein hat bis zum Schlusse des Geschäftsjahres 1910 insgesamt 17,6 ha angekauft und zwar hiervon aus deutscher Hand 12,9 ha, aus polnischer Hand 4,7 ha. Bis zum Schlusse des Geschäftsjahres 1910 war es ihm möglich, hiervon 8,9 ha zu verkaufen und 55 deutschen Familien in eigens erbauten Stellen ein eigenes Heim zu schaffen.

Bei der im Jahre 1910 stattgehabten Volkszählung hatte die Gemeinde Luisenhain einen Zuwachs der deutschen Bevölkerung von rund 350 Personen, und ist dieser Zuwachs hauptsächlich auf die Siedlungstätigkeit des Bauvereins zurückzuführen.

Um den Frauen und Töchtern der Rentengutsnehmer Gelegenheit zur Heimarbeit zu geben, ist zurzeit die Kragen- und Wäschennäherei in der Kolonie eingeführt worden. Den erwachsenen weiblichen Personen ist hierdurch Gelegenheit gegeben, zum Lebensunterhalt der Familien beizutragen. Zur Anlernung und Ueberwachung

der Arbeit hat die betreffende Wäschefabrik eine besondere Aufsichtsdame angestellt.

Auch der seiner Zeit aus dem Gemeinnützigen Bauverein Luisenhain heraus gegründete Kinderhort hat segensreich auf die heranwachsende Jugend gewirkt.

17. Die Spar- und Darlehnskasse e. G. m. b. H.
in Schönlanke.

Auch für diese Genossenschaft war die in Aussicht stehende Prämiengewährung der Grund, mit der weiteren Besiedlungstätigkeit zurückzuhalten. Im Jahre 1910 sind 4 neue Stellen verkauft und berentet, ferner sind 5 bereits früher begründete Stellen nachträglich auf die Rentebank übernommen. Ihre Erwerber sind 2 Bauhandwerker, 1 Vorschnittter, 1 Fuhrmann, 1 Möbelpolierer, 1 Heizer und 3 Handarbeiter, 4 weitere Stellen sind verkauft, ihre Berentung wird voraussichtlich durch die Deutsche Mittelstandskasse erfolgen.

18. Deutscher Arbeiter-Wohnungsbauverein
e. G. m. b. H. in Bromberg.

In dem verflossenen Geschäftsjahre hat der Verein 8 weitere Stellen, mithin seit seinem Bestehen 12 Stellen errichtet. Von den neugegründeten Stellen, die sämtlich $\frac{1}{2}$ Morgen gross und durch Vermittlung der Königlichen Generalkommission errichtet sind, befinden sich 4 in Schwedenhöhe und ebensoviel in Karlsdorf bei Bromberg. Die Erwerber der Stellen in Karlsdorf sind 4 bei der Bromberger Schleppschiffahrts-Aktiengesellschaft beschäftigte Arbeiter, von den Käufern der Schwedenhöher Stellen ist einer ein früherer Eisenbahnbediensteter, ein weiterer ein Briefträger, der dritte Kassenbote, und der vierte Werkführer. Der Kaufpreis der Stellen in Karlsdorf betrug je 5000 M., der in Schwedenhöhe je 5400 M. Die Anzahlung betrug im ersteren Falle 500 M., im letzteren 600 M.

Mangels geeigneten Geländes hat sich der Verein im Geschäftsjahre 1910 auf die Errichtung der genannten Stellen beschränkt. In dem laufenden Jahre wird der Verein in bedeutend grösserem Umfange seine Tätigkeit fortsetzen. Er hat zu diesem Zwecke in 4 verschiedenen Vororten von Bromberg, in Bleichfelde, Jagdschütz, Kl. Bartelsee und Hohenholm Grundstücke gekauft. Aus dem Bleichfelder Grundstück, das 6 Morgen gross ist, sollen 10 Stellen, aus dem Jagdschützer Grundstücke, das ungefähr dieselbe Grösse hat, 8 Stellen gebildet werden. Die Vermessung hat bereits stattgefunden. Für die Mehrzahl der Stellen sind jetzt schon Bewerber vorhanden. Für das Kl. Bartelseer Grundstück, das erst ganz kürzlich erworben ist, ist ein Teilungsplan noch nicht aufgestellt. Es hat eine Grösse von etwas über 10 Morgen und wird voraussichtlich in 10—15 Stellen aufgeteilt werden. In Hohenholm werden 4 Stellen, je $\frac{1}{2}$ Morgen gross, errichtet. Ausserdem schweben noch Verhandlungen wegen Erwerbs von Grundstücken in Crone a. Br. und in

Kl. Bartelsee, die hauptsächlich zur Anlegung von ländlichen Stellen in Frage kommen.

Zahl der Geschäftsanteile 80 (72) zu 200 M. bei gleicher Haftsumme.

19. Die Kleinsiedlungsgenossenschaft Pakosch-
Bartschin e. G. m. b. H. Pakosch.

Mitgliederzahl am Jahresschlusse 30 (15) mit 81 (67) Anteilen zu 200 M. und gleicher Haftsumme.

Im Jahre 1910 hat die Genossenschaft von der Königlichen Ansiedlungskommission in der Nähe der Stadt Pakosch unmittelbar am Bahnhofe belegen ein Gelände von 8 ha erworben, welches nach dem aufgestellten Bebauungsplane in 48 Stellen von je etwa $\frac{1}{2}$ Morgen aufgeteilt ist. Da dies Gelände erst nach Aberntung übernommen werden konnte, so war die Bautätigkeit im Jahre 1910 nur gering. Trotzdem konnten 3 Siedlerstellen errichtet werden, welche auch sämtlich verkauft sind (1 Postbote, 1 Wiegemeister und 1 Landarbeiterin). Die Stellen sollen durch Vermittlung der Mittelstandskasse beliehen werden.

20. Porzellanfabrik Kolmar e. G. m. b. H. in Kolmar i. P.

Der sehr rührigen Fabrikleitung ist es gelungen, die Kolonie von 37 Stellen in 2 Jahren völlig auszubauen und zu verkaufen. Nachdem im Jahr 1909 10 Stellen vergeben waren, sind im Jahr 1910 27 Stellen erbaut und verkauft. Die Berentung dieser Stellen ist teils im Jahre 1910, teils im laufenden Jahre erfolgt. Fast alle Familienväter arbeiten in der Porzellanfabrik, daneben finden noch zahlreiche Familienmitglieder dort lohnende Beschäftigung, so dass die Ansiedler ihr gutes Auskommen haben. Solange ein Familienmitglied in der Fabrik arbeitet, hat der Ansiedler von der Resthypotheke 500 M. unverzinslich.

Um auch den Frauen der Ansiedler die Arbeit zu ermöglichen, hat die Fabrik in der Kolonie eine Kleinkinderschule gebaut, und dem Vaterländischen Frauenverein in Kolmar zur Verfügung gestellt. Die Schule wird rege besucht. Eine Krippe soll an sie angeschlossen werden, die Räumlichkeiten dafür sind vorhanden.

Anfangs 1911 hat sich eine Kleinsiedlungsgenossenschaft für den Kreis Kolmar gebildet, welche die Tätigkeit der Porzellanfabrik fortsetzen und auch an den anderen Orten des Kreises gewerbliche und Landarbeiter ansiedeln will.

21. Deutscher Beamten-Wohnungsbauverein
e. G. m. b. H. in Posen.

Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres 1910 1686 (1537) mit 1746 (1588) Anteilen zu 300 M. bei gleicher Haftsumme.

Der Verein befasst sich in der Hauptsache mit dem Bau von Mietwohnungen, zurzeit 460 (401), deren Buchwert am Schlusse des Jahres rund 4 700 000 M. betrug. In der von ihm gegründeten Eigenhauskolonie Jarotschin, deren Verhältnisse im vorjährigen Bericht näher schildert

sind, sind im Jahre 1910 weitere 18 Rentenstellen für Arbeiter und gering besoldete Beamte hergestellt, wovon 15 bereits verkauft und berentet sind. Die Erwerber sind dem Charakter der Kolonie entsprechend fast sämtlich Eisenbahnarbeiter und kleine Eisenbahnbeamte.

22. Deutsche Arbeiter-Wohnungsbaugenossenschaft
e. G. m. b. H. in Posen.

Mitgliederzahl 185 (156) mit 303 (275) Geschäftsanteilen.

Die Genossenschaft setzte im Jahre 1910 den Ausbau der Kolonie Dembsen fort. Die Kolonie konnte infolge der für Arbeiterhäuser zu teuren Grundstückspreise nicht ausschliesslich als Arbeiterkolonie ausgebaut werden. Ausser einigen Arbeiterwohnhäusern sind Einzelhäuser für Unter- und mittlere Beamte erbaut worden.

Von den vorhandenen etwa 52 Stellen sind bisher 31 Stellen verkauft worden, von denen bereits 6 Stellen endgültig aufgelassen sind. Beliehen sind durch die Kreiskasse 19 Stellen mit zusammen 205 900 M. und durch die Meininger Bank 2 Stellen mit zusammen 2600 M. Weitere Beleihungen und Auflassungen stehen bevor. Mit dem Bau einer Strasse ist bereits begonnen worden, die anderen Strassen sollen nach Fertigstellung der Häuser in Angriff genommen werden.

23. Kleinsiedlungsgenossenschaft e. G. m. b. H.
in Hohensalza.

24. Kleinsiedlungsgenossenschaft e. G. m. b. H.
in Znín.

25. Kleinsiedlungsgenossenschaft e. G. m. b. H.
in Gostyn.

26. Kleinsiedlungsgenossenschaft e. G. m. b. H.
in Krotoschin.

27. Kleinsiedlungsgenossenschaft e. G. m. b. H.
in Kolmar i. P.

Die Genossenschaften zu 23—27 sind erst Ende 1910 oder Anfang 1911 begründet und beginnen ihre Tätigkeit erst im Jahre 1911.

Ueber die Genossenschaften Hohensalza, Znín und Gostyn ist bereits im Heft 9 Band III dieser Zeitschrift berichtet worden, allerdings ist infolge eines Missverständnisses aus Gostyn Kosten geworden.

28. Abeggsche Stiftung für Arbeiterwohnungen
in Danzig.

Die Stiftung, über deren Zweck und Ziele im letzten Bericht (Heft 3 Band III dieser Zeitschrift) näheres mitgeteilt ist, hat auch im Jahre 1910 ihre Bautätigkeit wegen der ungünstigen Baukonjunktur nicht fortgesetzt. Die Stiftung glaubt auch, die Bemerkung gemacht zu haben, dass das Bedürfnis in den Arbeiterkreisen nach dem Besitz eines kleinen Einzelhäuschens mit Garten heute nicht mehr so stark vorhanden ist, wie zu der Zeit, als die Stiftung die Einrichtung ihrer Kolonie begann. Diese Beob-

achtung widerspricht allerdings den Erfahrungen, die in dieser Beziehung sonst gemacht worden sind, und kann daher jedenfalls nur lokale Bedeutung haben. Sie ist besonders auch wohl, wie die Stiftung hervorhebt, dadurch zu erklären, dass in letzter Zeit in Danzig Baugenossenschaften entstanden sind, welche viele gesunde kleine und grössere Wohnungen geschaffen haben, sodass das Bedürfnis nach einem Eigenbesitz nicht so stark hervortritt.

Immerhin haben doch auch im Jahre 1910 wieder 14 Hausanwärter von ihrem Rechte, Eigentümer zu werden, Gebrauch gemacht.

Die gesamten 4 Kolonien (Olivaer Freiland, alter Engel, Leegstriess und Bärenwinkel) standen Ende 1910 nach Abzug der Hypotheken mit 351 790 Mk. zu Buch, das Gesamtvermögen der Stiftung betrug 424 077 Mk.

Von den 3 von der Stiftung betriebenen Kaffeeküchen ist eine wegen Unrentabilität aufgegeben, die beiden anderen erzielten etwa 750 M. Ueberschüsse.

29. Deutsche Besiedlungsgenossenschaft e. G. m. b. H. zu Strasburg.

Die Genossenschaft veröffentlicht in diesem Jahre einen Geschäftsbericht für die Zeit von ihrer Gründung (23. Februar 1908) bis 31. Dezember 1910, in welchem die Ergebnisse für 1910 nicht besonders angegeben sind. — —

Sie hat bisher im ganzen 139,9 ha (19,9 ha aus polnischer Hand) erworben. Hieraus sind 15 neue Stellen und 5 verkleinerte Stammgrundstücke entstanden; auch sind 3 Anliegergrundstücke durch Zukauf vergrössert worden. Ein Grundstück wurde im ganzen weiterverkauft.

Die Genossenschaft hat sich das Land meist nicht in der Weise beschafft, dass sie eine unbebaute Stelle in der gebrauchten Grösse gekauft hat, sondern sie hat ein bäuerliches Grundstück erworben, hiervon 1—2 Stellen abgeteilt und das Stammgut weiter veräussert.

Sie hat mit diesem Verfahren gute Erfolge erzielt, da sie die verkleinerten Reststellen mit gutem Gewinn, der den abgeteilten Stellen zugekam, weiter veräussern konnte.

Unter den Erwerbern der kleineren Stellen befinden sich 7 Landarbeiter, 1 Maurer, 1 Schuhmacher und 3 kleine Beamte. Auch von den kleinen Einspannerwirtschaften, welche die Genossenschaft gegründet hat, ist Ernte- und sonstige Saisonarbeit für die in der Nähe liegenden Besitzungen geleistet worden. Es verdient dies besonders hervorgehoben zu werden, weil vielfach die Meinung besteht, dass nur Arbeiter mit wenigen Morgen Eigenbesitz für den Grossgrundbesitz von Wert seien.

Die Genossenschaft bestand zu Beginn ihrer Tätigkeit aus 26 Genossen mit 34 Geschäftsanteilen und war am Schlusse des Jahres 1910 auf 114 Genossen mit 128 Anteilen gewachsen. Geschäftsanteil 50 Mk., Haftsumme 300 Mk.

Wegen der sonstigen sehr beachtlichen Ausführungen muss bei dem beschränkten Raum auf den Geschäftsbericht selbst verwiesen werden.

30. Deutsche Besiedlungsgenossenschaft e. G. m. b. H.
in Tuchel.

Die Zahl der Mitglieder ist seit der Gründung am 26. Juni 1907 von 27 auf 208 Genossen gestiegen mit 440 Geschäftsanteilen. Da jeder Geschäftsanteil 100 Mk und die Haftsumme das Dreifache beträgt, so belief sich die Gesamthaftsumme der Genossenschaft am Schlusse des Berichtsjahres (1910) auf 132 000 Mk. Insgesamt hat die Genossenschaft bisher 636 ha angekauft und damit rund 2550 Morgen Land durch ihre Tätigkeit dauernd dem Deutschtum gesichert. Hiervon sind im Jahre 1910 neu gekauft:

a) das Gut Karlsbraa-Rittel mit 82 ha

b) das Gut Bischofswalde mit 154 ha

zusammen: 236 ha = rd. 944 Morg.

Der Kaufpreis für die letzteren Flächen betrug 132 000 M. Die vorgenannten Güter sind bereits vollständig aufgeteilt, und zwar Karlsbraa an 9 Erwerber, wobei zu bemerken ist, dass neben mehreren grösseren Stellen auch einige kleinere Stellen an Handwerker und kleine Beamte vergeben sind, während den zum Gute gehörigen Wald der Forstfiskus angekauft hat. Das Gut Bischofswalde ist an 7 Erwerber vergeben, nämlich 6 kleinere Besitzer aus der dortigen Gegend und das Restgut mit über 500 Morgen an einen Gutsbesitzer.

Unverkauft waren Ende 1910 im Besitze der Genossenschaft nur noch rund 320 Morgen, darunter 240 Morgen Torfbruch und 70 Morgen Acker und Wiese als Rest des Gutes Iwitz.

Neben der Beendigung der Aufteilung des Restes dieses Gutes ist die Melioration des Iwitzer Bruches die Hauptaufgabe der Genossenschaft.

Der Reingewinn der Genossenschaft betrug Ende 1910 über 5200 Mk. Es konnte daher nach satzungsgemässer Ausstattung des Reservefonds eine Dividende von 5 v. H. verteilt werden.

31. Deutsche Wohnungsbaugenossenschaft e. G. m. b. H.
in Neustadt (Wpr.)

Die ersten Kleinsiedlungen der Genossenschaft werden erst im Jahre 1911 ausgeführt, so dass ein Bericht von 1910 nicht zu erstatten ist.

32. Deutsche Kleinsiedlungsgenossenschaft e. G. m. b. H.
in Grauden.

Die Genossenschaft ist am 8. Mai 1910 mit 18 Genossen und 18 Anteilen begründet, bis zum Schlusse des Jahres 1910 traten weitere 21 Genossen mit 22 Anteilen bei. Geschäftsanteil, wie Haftsumme 200 Mk. Die Genossenschaft hat zum Bau von Einfamilienhäusern ein Grundstück in Tusch von etwa 21 Morgen erworben und wollte dies Grundstück in 12 Stellen aufteilen. Die erforderlichen Bewerber waren auch vorhanden, doch wird die Ansiedlung wohl daran scheitern, dass die Gemeinde zu

grosse Ansprüche stellt. Es bietet sich wahrscheinlich Gelegenheit, das Grundstück anderweit zu verkaufen.

Die Genossenschaft beabsichtigt im Jahre 1911, für einen Grossgrundbesitzer eine Arbeiterkolonie zu begründen.

33. Deutsche Besiedlungsgenossenschaft e. G. m. b. H. in Berent.

Der Geschäftsbericht der Genossenschaft für 1910 war bei Abfassung dieses Berichts noch nicht endgültig fertiggestellt. Eine Zusammenstellung der seit der Begründung der Genossenschaft bis zum 1. Mai 1911 verkauften Grundstücke und Grundstücksanteile bietet folgendes Ergebnis:

Die Gesamtfläche der angekauften Grundstücke betrug 1370 ha. Davon stammen 7 mit einem Flächeninhalt von rund 355 ha aus polnischem Besitz.

Aus diesen Grundstücken sind an Deutsche verkauft 102 Flächen, davon sind bebaute Ansiedlungen 72, der Rest Zukäufe.

Die Zusammenstellung lässt leider nicht erkennen, wieviel Arbeiterstellen unter den für die deutsche Hand gesicherten Besitzungen vorhanden, und wieviel Siedlungen Neubegründet sind.

34. Eisenbahnverein E. V. in Dirschau.

Dass nicht nur Bauvereine und gemeinnützige Genossenschaften, sondern auch Vereine, die ursprünglich zu ganz anderen Zwecken gegründet werden, in den Dienst der inneren Kolonisation gestellt werden können, hat der Eisenbahnverein in Dirschau bewiesen. Bei der Sonderstellung, die der Verein einnimmt, erscheint es wünschenswert, auf dessen Ziele etwas näher einzugehen.

Der Eisenbahnverein in Dirschau ist am 29. Juli 1904 gegründet und umfasst die zu den Betriebsämtern 1 und 2 Dirschau gehörigen Beamten und Arbeiter. Am 15. Mai 1911 waren 2371 Mitglieder vorhanden; Zweck des eingetragenen Vereins ist die Pflege der Vaterlandsliebe, des Gemeinnsinns unter den Eisenbahnern und die Förderung gemeinnütziger Zwecke.

So widmet er sich u. a. auch der praktischen Lösung der Kleinwohnungs- und Kleingartenfrage. Das Hauptwerk des Vereins ist die Schaffung einer Kleinsiedlungsanlage. Zu diesem Zwecke wurde von dem Königlichen Domänenfiskus ein etwa 12 Morgen grosses Gelände an der Danzigerstrasse in Dirschau erworben und in 21 Parzellen aufgeteilt, die mit je einem Einfamilienhaus nebst Stall bebaut wurden. Die Parzellen sind an Unterbeamte und Arbeiter und an zwei mittlere Beamte vergeben worden, und sollen spätestens am 1. August d. J. bezogen werden. Die Kosten werden etwa rund 175 000 bis 180 000 Mark betragen.

Zur Anlage von Familiengärten hat der Verein ein Grundstück am Schneedamm in Dirschau von rund 4 Morgen Grösse erworben, und in 46 Parzellen eingeteilt, die zum Preise von 0,75 M. für 1 qm an Vereinsmitglieder verpachtet sind.

Das Vermögen des Eisenbahnvereins belief sich am 1. April 1911 auf rund 12 578 M. mit einem Barbestand von 8745 M.

*

*

*

Ausser den vorausgeführten Vereinigungen haben auch in diesem Jahre 1910 eine Reihe von Privatunternehmern ihre Siedlungstätigkeit fortgesetzt. Zu nennen sind hier die Landbank-Berlin (Kolonie Zabikowo), Freiherr von Massenbach-Pinne (Kolonie Pinne), Baugewerksmeister Krueger-Bromberg (Kolonie Schleussendorf), Bankdirektor Friedländer Bromberg (Kolonie Jagdschütz).

Die Besiedlungstätigkeit sowohl der Gesellschaften, wie auch der Privatpersonen erfolgte auch in diesem Jahre in der Provinz Posen mit Ausnahme der Arbeiterwohnungsgenossenschaft in Posen unter Vermittlung der Königlichen Generalkommission in Breslau, in der Provinz Westpreussen trat diese Vermittlung nur für den Eisenbahnverein Dirschau ein.

Eine Zusammenstellung der bisherigen Ergebnisse der Siedlungstätigkeit in Posen und Westpreussen unter Mitwirkung der Königlichen Generalkommission ergibt die Anlage (S. 398).

Anlage.

Kolonisator	Zahl der Stellen	Fläche ha	Kaufpreis M.
Landgenossenschaft, e. G. m. b. H. in Obornik .	41	19	231 003
Landgenossenschaft in Rawitsch, e. G. m. b. H. .	44	29	268 902
Deutsche Landgenossenschaft, e. G. m. b. H., Meseritz	22	6	104 570
Deutsche Kleinsiedlungsgenossenschaft, e. G. m. b. H. in Ostrowo	224	457	1 795 302
Deutsche Landgenossenschaft, e. G. m. b. H. in Samter	9	11	66 846
Deutsche Besiedlungsgenossenschaft, e. G. m. b. H. in Strelnow	3	3	12 629
Deutsche Wohnungsbaugenossenschaft, e. G. m. b. H. in Opalenitza	17	4	114 000
Deutsche Wohnungsbaugenossenschaft, e. G. m. b. H. in Schwersenz	27	4	149 640
Deutsche Wohnungsbaugenossenschaft, e. G. m. b. H. in Adelnau	12	8	56 475
Deutsche Wohnungsbaugenossenschaft für den Kreis Kosten, e. G. m. b. H. in Kriewen . .	16	30	140 500
Deutsche Wohnungsbaugenossenschaft, e. G. m. b. H. in Moschin	26	4	145 230
Deutsche Wohnungsbaugenossenschaft, e. G. m. b. H. in Schroda	5	2	32 726
Deutsche Wohnungsbaugenossenschaft, e. G. m. b. H. in Schildberg	3	4	15 500
Deutsche Grunderwerbs- und Kreditbank, e. G. m. b. H. in Krotoschin	3	1	15 100
Deutsche Gemeinnützige Wohnungsbaugenossen- schaft, e. G. m. b. H. in Fraustadt	14	2	78 150
Gemeinnütziger Bauverein Luisenhain, e. G. m. b. H. in Posen	53	9	325 645
Spar- u. Darlehnskasse, e. G. m. b. H. in Schönlanke	6	2	42 410
Deutscher Arbeiter-Wohnungsbauverein, e. G. m. b. H. in Bromberg	8	2	41 600
Porzellanfabrik Kolmar, G. m. b. H., Kolmar i. P.	37	5	175 729
Deutscher Beamten-Wohnungsbauverein, e. G. m. b. H., Posen	27	5	185 185
Eisenbahnverein, E. V., Dirschau	21	3	175 190
Landbank Berlin	189	108	1 321 350
Majoratsherr Karl Freiherr von Massenbach, Schloss Pinne	16	18	131 803
Major von Tiedemann in Seeheim	6	5	39 454
Baugewerksmeister Krueger in Bromberg . . .	21	7	163 000
Bankdirektor Martin Friedländer, Bromberg . .	16	2	89 350
	866	756	5 917 289

Die Kleinsiedlung auf Rieselfeld.

Von Güterdirektor Schroeder - Berlin.

Es ist vielfach mit Bedauern festzustellen, dass auch anscheinend glücklich angelegte und auf guter Grundlage ruhende Versuche zur Innensiedlung nicht zu dem erwünschten Ergebnis geführt haben. Wenn man den Ursachen dafür nachgeht, so findet man häufig, dass die geringe Eignung, sei es der natürlichen, sei es der Wirtschaftsverhältnisse, die Schuld daran trägt. Vielfach wird die Kleinsiedlung in Gegenden getragen, welche die einzige Möglichkeit für das wirklich gute Bestehen des Zwergbesitzes, nämlich intensivste Landnutzungsmöglichkeit, nicht bieten. Diese ist an für Sonderzwecke besonders geeigneten Boden, an ganz besondere Absatzgebiete, welche eine Vorzugsverwertung für Sondererzeugnisse bieten, oder eine sonstige Spezialisierung des Betriebes, sei es der Land-, der Forstwirtschaft, des Gartenbaues oder ähnliches gebunden. Denn es ist doch notwendig, dass der Kleinsiedler neben einem, den Höchsttagelohn der Gegend entsprechenden Arbeitsverdienst möglichst das ganze Jahr hindurch noch einen nicht unerheblichen Gewinnanteil für die Wag und Gefahr, die er mit dem eigenen Unternehmen läuft, in seiner Arbeit gewinnt. Nur so wird er den vollen Genuss von der von ihm, wie von jedem Menschen angestrebten Selbständigkeit haben, seiner Arbeit treu bleiben und der Allgemeinheit mit ihr dauernd nützen.

Die Verhältnisse der Grossstädte, welche ihrer Abfälle sich nicht einfach zu entledigen suchen, sondern welche sie zu nützen streben, bringen es mit sich, dass in ihrer Umgebung solche Lebensmöglichkeit sich nach den verschiedenen Richtungen hin bietet, und es ist lebhaft zu bedauern, dass den Abfällen der Grossstädte bisher nicht mehr Augenmerk geschenkt wird. Sie könnten noch ungemessene Mengen Nahrungsmittel denselben Grossstädtern wieder zuführen, welche sich ihrer heute mit Kosten zu entledigen suchen. Fast sämtliche Abfälle der Grossstadt, mögen sie Strassenkehricht, Hausmüll, Kanal-Abwässer, Schlachthausabfälle, tierische Düngemittel und anderswie heissen, alle lassen sich auf geeignetem Wege und, wie ich überzeugt bin, durchaus wirtschaftlich wieder in Volksnahrung umsetzen.

Die Stadt Berlin beseitigt ihre Abwässer durch Rieselung. Den Rieselfeldern werden so grosse Mengen von Pflanzennährstoffen zugeführt, dass es nicht möglich ist, sie mit der einmaligen Ernte der gewöhnlichen landwirtschaftlichen Gewächse auszunützen. Die beste Nährstoffausnützung stellt nun aber die beste Abwasserreinigung dar. Daher hat von jeher die Abwasserbeseitigung in der, für den Gemüsebau besonders

geeigneten Umgebung von Berlin zum Anbau von Gemüse geführt. Dieser Anbau mit seiner mehrfachen Ernte im Jahr ist imstande, der Ernährung der Stadt die grösste Menge der ihr von der Landwirtschaft gelieferten Pflanzennährstoffe in Gestalt von Gemüse unmittelbar, von Fleisch, Milch und anderem durch das dem Gemüse im Nährstoffverbrauch gleichwertige Rieselgras mittelbar zurückzuliefern.

Mit seltenen Ausnahmen ist bei den vielen Hunderten von Gemüselandpächtern der Berliner Rieselfelder ein erfreuliches Wirtschaftsgedeihen festzustellen. Es vergehen Jahre, ehe einmal ein Pachtausfall zu verzeichnen ist. Der Gemüsebau auf den Berliner Rieselfeldern ist nun noch um das Mehrfache an Fläche ausdehnbar. Die Stadt Berlin in ihrer jetzigen Grösse verbraucht jährlich fast zwei Millionen Doppelzentner Gemüse. Wenn der fünfte Teil auf ausländisches und Naturlandgemüse abgerechnet, und eine Durchschnittsernte von 350 Doppelzentner für das Hektar an Gemüse zugrunde gelegt wird, so ergibt sich eine Fläche von fast 4000 Hektar, welche für Anbau mit Gemüse auf den Rieselfeldern in Frage kommt.

Die jetzt zum Gemüsebau verpachteten Flächen liegen durchweg in einer bestimmten Entfernung vom Wohnsitz des Pächters, wie das ja auch nicht anders sein kann, da sonst die, auf den Wegen verbrachte Arbeitszeit den Ertrag aufzehren würde. Die Grenze hierfür ist enger gezogen, wie in irgend einem andern landwirtschaftlichen Betriebe, da der Arbeitsaufwand ein höherer ist. Während bei extensiver landwirtschaftlicher Benutzung der Aufwand an menschlicher Arbeit etwa 80 Mark für das Hektar beträgt, in intensivem landwirtschaftlichen Betriebe bis zu 130 Mark, im Rieselgrossbetriebe bis auf 200 Mark steigt, erreicht der Arbeitsaufwand im Kleingemüsebau 350 Mark für das Hektar. Die auf grund der hier vielfach vorliegenden Erfahrungen angestellten Einträglichkeitsberechnungen ergeben, dass von etwa 3 Hektar Rieselland ein Pächter, der mit seiner Familie arbeitet, gut leben und ohne fremde Hilfe wirtschaften kann. Wenn der Pächter 10 000 Mark für den Gehöftbau mit $3\frac{1}{2}$ Prozent verzinst und Haus und Hof unterhält, 300 Mark Pacht für das Hektar, sowie Steuern und Abgaben zahlt, und seine sämtlichen Unkosten, Pferdehaltung, Wagen, Handwerker, Samen, Pflanzen und anderes bestreitet, bleiben ihm über 3000 Mark Reineinnahme. Mag man die verschiedensten Arten des Anbaues in Frage ziehen, ob er Frühkartoffeln und Grünkohl hintereinander, Schoten und Grünkohl, Zwiebel und Porree oder Wirsingkohl zweimal hintereinander, Kohlrüben und Kohlrabi, Rhabarber, Winter- und Sommerspinat, kurz, welche Zusammenstellung man wählen wolle, anbaut, immer ergibt sich — Sachkenntnis, Fleiss und Tüchtigkeit der Familie vorausgesetzt — eine durchaus auskömmliche Existenz für den Kleinsiedler.

Wenn man in einer Karte, welche die der Stadt Berlin gehörenden landwirtschaftlichen Flächen aufweist, die verpachteten Flächen farbig einträgt, findet man, dass sie sich genau innerhalb des Wirtschaftsradius der Wohnstätten der Pächter bewegen. Die ausserhalb dieses Wirt-

schaftskreises gelegenen Flächen sind gemüsepachtfrei. Dies, Hand in Hand mit wirtschaftlichen Erwägungen, drängt dazu, auf Mittel zu sinnen, den Gemüsebau auf Rieselfeldern zu erweitern und damit gleichzeitig die beste Abwasserreinigung und beste Abwasserausnützung herbeizuführen. Die Pächter selbst bieten einem die Handhabe, dies Mittel zu finden, indem sie, eigene kleine Gehöfte bauend, immer mehr den Rieselfeldern nachdrängen. Viele ehemalige Rieselfeldarbeiter, Rieselwärter, ja landfremde Sommerarbeiter haben sich so vom einfachen Arbeiter zum wohlhabenden Pächter und Gemüseversorger des Berliner Marktes emporgearbeitet. In neuerer Zeit hat die Verwaltung einen Schritt zur Sicherstellung der Arbeitsverhältnisse auf den Rieselstadtgütern getan, welcher im Zusammenhang mit diesem Gedanken steht. Auf dem Gute Hobrechtsfelde bei Buch ist ein „Gemeinschaftshaus“ erbaut worden, welches 40—60 unverheirateten jungen Handwerksgesellen, Pferdeknechten und sonstigen landwirtschaftlichen Arbeitern Wohnung und, wenn gewünscht, auch Speisen bietet. Die Arbeiter sollen vollkommen frei, wie Industriearbeiter in der Stadt, allerdings unter der naturgemässen Disziplin des Gutshaushaltes oder Dorfes vielmehr, denn das Haus liegt im Dorfe, stehen. Sie können dort wohnen, wenn sie wollen, essen, wie es ihnen passt, kurz, sollen nach Möglichkeit den städtischen Arbeitern äusserlich gleichgestellt sein. Man wird versuchen, ihnen gute und gesunde Vergnügungen zu bieten. Will ein solcher Arbeiter sich verheiraten, so wird ihm eine Stelle auf einem andern Gute zugewiesen, wachsen die Kinder heran und hat, was bei den hohen Verdiensten in der Umgegend von Berlin sehr wohl möglich ist, der Mann genügende Ersparnisse gemacht, so kann er mit geringen Mitteln in die Gemüselandpacht eintreten. Man darf wohl ohne Uebertreibung sagen, dass er dann erreicht hat, was ihm von Hause aus als Lebensziel vorschwebt: einen sicheren und sorgenfreien Lebensabend in Selbständigkeit.

Fast durchweg ist ein erfreuliches Gedeihen solcher bescheidenst begründeten Existenzen festzustellen. Was liegt da näher, als der Gedanke, dieser Entwicklung durch Erbauung geeigneter kleiner Gehöfte für die Pächter entgegenzukommen. Diese würden im Anschluss an vorhandene Gutsgehöfte oder Gemeinden, welche an die Rieselfelder anstossen, oder in ihnen liegen, derart zu erbauen sein, dass die Summe, welche zur Erbauung des Gehöftes in einfachster aber zweckdienlicher Art nötig ist, eine mässige Verzinsung findet. Es werden sich auf diese Weise noch hunderte von Familien vor den Toren der menschenfressenden Grossstadt ansiedeln lassen, welche sich selbst eine gesunde Existenz und der Stadt Berlin eine Verzinsung der hohen, in die Rieselfelder hineingesteckten Summen schaffen werden.

Rundschau.

Die Tätigkeit der Kleinsiedlungsgenossenschaften ausserhalb der beiden Ansiedlungsprovinzen im Jahre 1910. Abgesehen von den zahlreichen Landgenossenschaften und Bauvereinen in Posen und Westpreussen, über die ein besonderer Aufsatz dieses Heftes ausführlich berichtet, haben innerhalb Preussens nur einige wenige Genossenschaften auf dem Gebiete der Kleinsiedlung nennenswerte Erfolge gezeitigt.

1. Die im Jahre 1908 errichtete Landgenossenschaft Ost-Sternberg, e. G. m. b. H., Zielenzig (Prov. Brandenburg) wies Ende 1910 29 Mitglieder mit 145 Geschäftsanteilen und einer Haftsumme von 43 500 M. auf. Im letzten Geschäftsjahre begründete die Genossenschaft je ein Arbeiterrentengut in Schönow und Lindow. Davon konnte jedoch bisher nur das erstere verkauft werden. In diesem Jahre sind in Schönow zwei weitere Arbeiterstellen bebaut worden, deren Verkauf in Aussicht steht.

2. Die im Sinne des Ministerialerlasses vom 10. Aug. 1909 unterm 21. Februar 1910 begründete „gemeinnützige Kleinsiedlungsgenossenschaft e. G. m. b. H. in Hadersleben“ ist unterm 27. Juni 1910 in das beim Königlichen Amtsgericht Hadersleben geführte Genossenschaftsregister eingetragen und hat ihre Tätigkeit am 1. Juli 1910 aufgenommen.

Der Genossenschaft sind bis zum 31. Dezember 1910 170 Genossen mit 227 Geschäftsanteilen à 100 M. beigetreten. Die Haftsumme jedes Genossen beträgt 300 M. für jeden Geschäftsanteil, auf welchen erstmalig mindestens 25 M. einzuzahlen und der Rest in halbjährlichen Teilzahlungen von je 25 M. nachzuschliessen ist. Auf diese Weise wurden bis zum 31. Dezember 1910 8875,60 M. eingezahlt.

Den Geldverkehr vermittelt die Haderslebener Kreissparkasse in Hadersleben. Es ist beabsichtigt, auch fernerhin den laufenden Kredit bei dieser Kasse in Anspruch zu nehmen.

Im ersten Geschäftsjahr wurde ein Grundstück in Heissagger in Grösse von 0,9130 ha mit einem alten Gebäude zum Preise von 4000 M. erworben. Aus diesem Grundstücke sollen zwei Arbeiterrentengüter geschaffen werden, für die aber die Käufer sich noch nicht gefunden haben. Verschiedene andere Objekte sind der Genossenschaft noch zum Kaufe angeboten gewesen. Die Genossenschaft ist sich aber dahin schlüssig geworden, dass sie im allgemeinen mit ihrer Vermittelung nur dann wird eintreten können, wenn geeignete Kaufanwärter von vornherein vorhanden sind oder wenn sonst begründete Aussicht auf alsbaldigen Absatz der Stellen vorhanden ist. Bestimmend für diese Entschliessung ist die Erwägung gewesen, dass infolge der schwierigen Verhältnisse der Nordmark die Beschaffung geeigneter Käufer ausserordentlich schwer hält und dass fast immer eine längere Zwischenwirtschaft nötig sein würde, welche die Stellen unwirtschaftlich verteuern würde.

Nach den Anträgen, die bisher vorliegen, zu urteilen, darf damit gerechnet werden, dass im Jahre 1911 durch Vermittelung der Kleinsiedlungsgenossenschaft ca. 15—20 Arbeiterrentengüter zur Begründung gelangen werden. Wenn für jede

dieser Stellen die durch den Ministerialerlass vom 10. August 1909 in Aussicht gestellte staatliche Beihilfe von 500 M. für jede Stelle und von 10 M. für jedes angefangene Hektar in Berücksichtigung gezogen wird, so darf damit gerechnet werden, dass das von der Genossenschaft unternommene Besiedelungswerk wirtschaftliche Erfolge zeitigen und auch finanziell bestehen wird.

3. Die Gemeinnützige Ansiedlungsgesellschaft für den Kreis Burgdorf, G. m. b. H. in Burgdorf, hat bisher 13 Rentengüter von $\frac{1}{2}$ —10 Morgen Grösse ausgelegt, um in der Hauptsache ländlichen Arbeitern ein Heim zu bieten.

Auf die genossenschaftliche Ansiedlung von Industriearbeitern im hannoverschen Kreise Blumenthal wird in nächster Zeit ein besonderer Aufsatz aus der Feder des zuständigen Landrats Herrn Geheimrat Berthold näher eingehen. Ueber die in Entwicklung befindliche Kleinsiedlungsunternehmungen in der Provinz Sachsen (vergl. Archiv III, S. 253) wird erst später zu berichten sein.

M.

Förderung der Heide- und Moorkultur in Schleswig-Holstein. Nach dem Beispiele Pommerns schickt sich jetzt auch Schleswig-Holstein zu systematischem Vorgehen in der Urbarmachung seiner Oedflächen an. Der Ausschuss für Volkswirtschaft an der Landwirtschaftskammer zu Kiel hat zu diesem Zwecke ein Programm ausgearbeitet, das die Zustimmung des Vorstandes bereits gefunden hat und einer der nächsten Plenarversammlung zu machenden Vorlage betreffend Schaffung einer Organisation der Heide- und Moorkultur zugrunde gelegt werden soll. Danach würde eine Landkulturkommission aus sieben Mitgliedern eingesetzt werden, der neben einem Vertreter des Vorstandes der Landwirtschaftskammer u. a. je ein Vertreter des Heidekulturvereins, der Schleswig-Holsteinschen Siedlungsgenossenschaft sowie der Vorsteher der Moorversuchsstation Bremen angehört. Die Kulturarbeiten sollen sich sowohl auf Heide- und Moorflächen wie auf minderwertige, aber verbesserungsfähige Wiesen und Weiden erstrecken. Zunächst soll ein übersichtlicher Kulturplan für die ganze Provinz entworfen werden. Auf Grund dieses Planes ist die Provinz in Bezirke einzuteilen, die je mehrere Kreise umfassen werden. Für jeden Bezirk ist eine Bezirkskommission gedacht, die aus den Landräten der betreffenden Kreise und einer gleichen Anzahl sachverständiger Landwirte zu bilden sein würde. Wo es sich um Neukultur handelt, hat die Entwässerung und Zuwegung durch die Meliorationsbehörden zu erfolgen. Nach erfolgter Erschliessung unterliegt die Einrichtung und Erhaltung der landwirtschaftlichen Kultur der Zuständigkeit der Landkulturkommission. Einnahmen und Ausgaben gehen durch einen Sonderetat der Kammer. Die Einnahmen setzen sich aus Beihilfen des Staates und der Provinz, Zuschüssen der Kreise und den Gebühren der Grundbesitzer, die die Kulturtätigkeit in Anspruch nehmen, zusammen. Einen etwaigen Ausfall trägt die Landwirtschaftskammer.

M.

Gartenstadt Hellerau. Die Gartenstadt Hellerau G. m. b. H., über deren Gründung diese Zeitschrift im ersten Jahrgange (I S. 357/8) unter Beifügung eines Bebauungsplanes bereits berichtete, blickt nunmehr auf eine zweijährige Entwicklung zurück. Zur Bebauung stehen etwa 140 ha zur Verfügung. Davon ist etwa die Hälfte von den ursprünglichen Besitzern, Landwirten aus der Gemeinde Klotzsche zum durchschnittlichen Preise von 1,50 M. per 1 qm erworben worden.

Der Rest des Landes, jetzt zur Gemeinde Rähnitz gehörig, ist durch Eintragung eines dinglichen Vorkaufsrechts gesichert. Bisher sind 176 a verwertet; bis zum Jahresschlusse werden es über 300 a sein. Mit der Bebauung wurde 1909 begonnen. An die Begründung der Fabrikanlage der Deutschen Werkstätten für Handwerkskunst G. m. b. H. schloss sich die Errichtung von 14 Kleinwohnungshäusern der Baugenossenschaft Hellerau e. G. m. b. H. 1910 folgten 19 Landhäuser, 150 Kleinwohnhäuser und die Geschäftshäuser am Markt. Für 1911 sind 150 Kleinwohnhäuser sowie etwa 25 Landhäuser vorgesehen. 1910 zählte Hellerau 800 Einwohner, für Oktober d. J. wird auf 2000 gerechnet. Obwohl die Anlage dieser Gartenstadt durch die Deutschen Werkstätten den Ansporn erhielt, sind doch über die Hälfte der Bewohner nicht der Werkstätten wegen nach Hellerau gezogen. Wir haben es hier also nicht mit einer von einem gewerblichen Unternehmen abhängigen Siedelung zu tun, sondern mit einer sich durchaus selbständig entwickelnden Kolonie, die berufen zu sein scheint, breiten Schichten der Bevölkerung die Wohltat des Einfamilienhauses zu verschaffen. Das Jahrbuch der Bodenreform (Bd. VII, Heft 3) veröffentlicht den Gesellschaftsvertrag der Gartenstadt Hellerau G. m. b. H. nebst der Satzung der Baugenossenschaft Hellerau, e. G. m. b. H. Ausserdem ist dort das Muster eines Erbmietsvertrages der Gesellschaft wiedergegeben. M.

Bücherbesprechungen.

Grundsätze für Bildung kleinen Grundbesitzes in den verschiedenen Landesteilen von Mecklenburg-Schwerin. Von Geh. Kammerrat Dr. Baller. Sonderabdruck (nicht im Handel) aus Heft 8 von „Landarbeit und Kleinbesitz“, herausgegeben von Prof. Dr. R. Ehrenberg, Rostock. Berlin Paul Parey 1910.

Das Werk der inneren Kolonisation ist bisher in Mecklenburg hauptsächlich nur im Domanium gefördert worden. Wie bekannt sind hier bereits ansehnliche Erfolge erzielt. Seit etwa 1845 wurden im Grossherzogl. Domanium ungefähr 12 500 Kleinsiedlungen ins Leben gerufen. Ungeachtet der Landesverordnung vom 24. Mai 1898 betr. die Vermehrung des mittleren und kleineren Grundbesitzes auf dem Lande ist eine wirklich kolonisationsartige Tätigkeit in den Gebieten der Landschaft und Ritterschaft verschwindend gering gewesen. Und doch besteht heute unter den Fachleuten der inneren Kolonisation kein Zweifel mehr über die unbedingte Notwendigkeit sowie über die Zweckmässigkeit einer planmässigen Kleinsiedlungsarbeit gerade auch ausserhalb des Domaniums.

Die vorliegende Abhandlung will die Massnahmen kennzeichnen, die unerlässlich sind, damit in einem grossen Teile des Landes, der sehr der Ansiedlungen bedarf, die Kolonisation überhaupt in Fluss kommen kann, und erläutern, wie diese Massregeln ohne grundsätzliche Aenderung der Verhältnisse mit immerhin geringen Mitteln ausführbar sind.

Geheimrat Baller beschäftigt sich vorweg mit den Einwendungen und Hindernissen, die der Besiedlung überhaupt entgegenstehen. Zunächst sei der Hinweis auf die Gefahr, dass durch die Ansiedlungen die Armen- und Schullasten der Gemeinden und Gutsbezirke erhöht würden, durch die im Domanium gemachten Erfahrungen widerlegt. Nirgends sind bisher bei vermehrter Ansiedlung auf dem Lande die Armenlasten in den Gemeinden nachweislich höher geworden, im Gegenteil, sie haben sich vermindert. Ebenso haben die veränderten Schulverhältnisse für die Gemeinden keine finanziellen Schwierigkeiten geboten, da bei Einrichtung neuer Schullasten seitens der Domanialverwaltung Beihilfen gewährt würden. Mit Recht betont der Verfasser, dass sich dem Ein-

wand, dass durch Kolonisation eine Vergrößerung der Schülerzahl zu „befürchten“ sei, allgemein entgegenhalten liesse, dass es ja gerade der Zweck der Ansiedlungen ist, in den entvölkerten Gebietsteilen des Landes, also namentlich den ritterschaftlichen, die ländliche Bevölkerung zu vermehren. Die Mehrung der Schulkinder würde geradezu den Beweis liefern, dass die mit der Kolonisation verbundene Absicht erreicht ist.

Auch der weitere Einwand, dass selbst durch umfangreiche Kolonisation die Arbeiterfrage nicht gelöst werden könne, entspräche nicht den im Domanium gemachten Erfahrungen. Die im Jahre 1906 im Domanium vorhandenen 10 535 Häusler lieferten 5487 ständige landwirtschaftliche Arbeiter, ausserdem zeitweilig noch (zur Ernte) 3719 Arbeitskräfte. „Jeder Büdner, der von einer Bauernhufe abgenommen wird, erspart dem Besitzer etwa eine halbe Arbeitskraft, jeder Häusler gibt mindestens eine halbe Arbeitskraft für fremde Rechnung ab.“ Geheimrat Baller fügt hinzu, ihm seien im Domanium mehrere Pachthöfe bekannt, die mit einem Domanialdorfe zusammenliegen, und deren Pächter keine auswärtigen Schnitter beschäftigen, sondern die nötigen Hilfskräfte von den im Dorfe wohnenden Häuslern erhalten.

Die Besiedlungsfrage ist für das Grossherzogtum, gerade mit Rücksicht auf die abweichenden öffentlich-rechtlichen Verhältnisse, in den Landesteilen auf verschiedene Weise zu lösen.

Abgesehen vom Domanium stehen aber auch im Gebiete der Städte und Klöster keine besonderen Schwierigkeiten der Kolonisation entgegen. Doch hält der Verfasser einen zeitgemässen Ausbau der öffentlich-rechtlichen Verhältnisse hier für erwünscht. Wenn auch das Vorhandensein zahlreicher Dörfer in der „Landschaft“ erkennen liesse, dass auch ohne eigentliche Gemeindeorganisation Ansiedlungen bestehen könnten, so müsse doch für die Einführung einer der Domanialgemeinde-Ordnung entsprechenden Gemeinde-Ordnung in den „städtischen Dorfschaften“ eingetreten werden; erst dann würde sich in diesen Stadtfeldmarken eine bedeutendere Besiedlung, als sie bislang erfolgte, entwickeln können.

Die grössten Hindernisse treten der mecklenburgischen Kolonisation in den ritterschaftlichen Landesteilen entgegen und zwar wesentlich in Gestalt der eigentümlichen öffentlich-rechtlichen Verfassung derselben. Aber auch diese Schwierigkeiten hält der Verfasser ohne grundsätzliche Aenderungen der bestehenden Einrichtungen für überwindlich, wenn ein zeitgemässer und sachlicher Ausbau der Verhältnisse auf dem Wege der Gesetzgebung vorgenommen würde. Eine Besiedlung im ritterschaftlichen Gebiete würde nach seiner Meinung nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn dort für die Ansiedler ähnliche Verhältnisse und Einrichtungen geschaffen werden wie im Grossherzogl. Domanium. Das Haupthindernis für die innere Kolonisation wäre beseitigt, wenn sich eine Form der öffentlich-rechtlichen Organisation finden liesse, die einerseits den bisherigen Rechten des Gutsbesitzers, andererseits aber auch den Wünschen der Ansiedler Rechnung trägt. Geheimrat Baller sucht dann im einzelnen den Nachweis zu bringen für die Durchführbarkeit einer solchen Form, die die gerechten Forderungen auf beiden Seiten erfüllt.

Der Verfasser empfiehlt die Einrichtung ritterschaftlicher Gemeindeämter, denen die Ausübung der obrigkeitlichen Funktionen über Neubesiedlungen in den ritterschaftlichen Gütern des Amtes und die Aufsicht über sie in gemeindlicher Hinsicht als Vertreter der Ortsobrigkeit übertragen

werden könnte, was mit den bestehenden Rechtsverhältnissen nicht unverträglich sei. Der Gutsbesitzer würde bei einer derartigen Neuordnung seine g u t s h e r r l i c h - o b r i g k e i t l i c h e n Rechte im Gutsbezirke ganz, auf der Neusiedlung im wesentlichen bewahren, andererseits würden die Kolonisten sich als Glieder eines Gemeinwesens, nicht als Hintersassen des Gutsbesitzers fühlen.

Zweckmässig wäre die Durchführung der Besiedlung in besonderen Ortschaften. In der Praxis der Domanialverwaltung haben sich sogenannte Büdnerkolonien mit kleinen landwirtschaftlichen Nahrungsstellen und Häuslereien als Arbeiterwohnungen durchaus bewährt. Die Ansetzung auf grösseren (bäuerlichen) Stellen hält Dr. Baller nicht für ratsam. Ihr Aufbau sei zu teuer, sie erforderten viel Land und brächten verhältnismässig wenig ländlichen Bevölkerungszuwachs. Als am günstigsten für eine Büdnerei hat sich die Grösse von 6—8 ha, für eine Häuslerei von $\frac{1}{2}$ ha mit $\frac{1}{2}$ ha Kartoffelland in Pacht erwiesen. Eine Arbeitsverpflichtung — wie der Verfasser mit Recht einfügt — darf den Neuansiedlern nicht auferlegt werden. Sie müssen „freie“ Arbeiter bleiben. Die Erfahrung lehre, dass die Arbeiter auch ohne Verpflichtung auf den Gütern gern arbeiten, da es für sie vorteilhaft ist.

Für das privatrechtliche Besitzverhältnis der Ansiedler auf den Büdner- und Häuserstellen hält Geheimrat Baller das in Mecklenburg ausgebildete E r b p a c h t r e c h t für die günstigste Form. Sie ermöglicht es, im Grundbriefe nicht nur Bestimmungen zu treffen, die dem Obereigentümer bestimmte Privatrechte (Jagd, Mineralien, Dienstbarkeiten) vorbehalten, sondern ebenso auch Bestimmungen des öffentlichen Rechts (wie Gebäudeversicherung, Veräusserungs-, Teilungs- und Zusammenlegungsverbote usw.) aufzunehmen. Die im Domanium für Erbpachtgehöfte, Büdnereien und Häuslereien erteilten Grundbriefe würden als Anhalt dienen können. Neben solchen Erbpachtgrundstücken müsste den nicht besitzenden Bewohnern Gelegenheit gegeben werden, sich etwa $\frac{1}{2}$ ha Kartoffelland und ebenso viel Weide und Wiese zu pachten.

Für die finanzielle Durchführung der Besiedlung ausserhalb des Domaniums hält Geheimrat Baller die Mitarbeit der Ansiedlungsgesellschaften für unentbehrlich.

Bald, umsichtig und energisch — so schliesst die kurze, treffliche Schrift — muss die Sache, die von höchster Wichtigkeit ist, angegriffen werden zum Wohle des ganzen Landes.

M a a s s.

Die innere Kolonisation der Provinz Hannover. Von Dr. Wilhelm R o t h e r t. Leipzig 1911. (Diss.)

Die flüssig geschriebene Abhandlung sucht ein zusammenfassendes Bild von dem heutigen Stand der inneren Kolonisation in Hannover zu entwickeln und zu zeigen, dass in dieser westelbischen Provinz nicht nur Veranlassung, sondern hinreichende Gelegenheit zu zweckmässiger Förderung der Besiedelung gegeben ist. Der Verfasser geht eingehender auf die Beziehungen zwischen Anerbenrecht und Landflucht ein und fordert, ähnlich wie es bereits in dieser Zeitschrift (Bd. II, S. 304 ff.) früher geschah, eine bedingte Aufteilung des Oedlandbauernhofes im Erbfolge. Die geschlossene Hofesvererbung hat nicht nur die Abwanderung der Miterben im Gefolge, sondern ausserdem auch zu einem Landüberfluss geführt. Denn wie die Betriebsstatistik erweist, gehören zu einem Bauernhofe in der Provinz Hannover mit 100 Morgen Acker, Wiesen, Weiden und Nutzgarten im Durchschnitt 49,5 Morgen Oedland. In den einzelnen Regierungsbezirken schwankt dieser Oedlandanteil zwischen 5,4 (Hildesheim) und 78 (Osnabrück). Durch die Teilung des Stammhofes werden die als Rentengutsbesitzer angesetzten Söhne in

den Stand gesetzt, die zu ihren Rentengütern gehörigen Oedländereien in Kultur zu bringen, während dies dem Vater wegen der grossen Entfernung dieser Oedlandflächen vom Wirtschaftshofe, wegen Mangel an Arbeitskräften oder wegen Mangel an Kapital, das jetzt von der Rentenbank zur Verfügung gestellt wird, nicht möglich. Eine solche freiwillige Teilung liegt im eigenen Interesse der Bauernfamilien. Sie bedeutet richtig aufgefasst nur eine Unterstützung und zeitgemässe Ausgestaltung der Anerbensitte.
Maass.

Ausländische Wanderarbeiter in Deutschland. Von Dr. Anton Knoke. Leipzig 1911. A. Deichertsche Verlagsbuchhandlung Nachf.

In grossen Zügen und mit zahlreichen statistischen Belegen wird hier das Wanderarbeiterproblem aufgerollt. Der Verfasser behandelt die Ursachen und den Umfang der Wanderarbeit sowie die Lage der Wanderarbeiter, um dann vor allem die Folgen dieser Wanderungen für das Deutsche Reich als Zuwanderungsland kritisch zu erörtern. Die deutschen Landarbeiter seien dem Ansturm der kulturell tieferstehenden bedürfnisloseren Arbeitermassen des Auslandes schutzlos preisgegeben. Nehme man an, dass jeder ausländische Wanderarbeiter 200 M. durchschnittlich erspare, so ergäbe das bei einer Million Arbeitern einen jährlichen Betrag von 200 Millionen Mark, die auf der Passivseite der deutschen Zahlungsbilanz zu verzeichnen sind. Mit Recht betont der Verfasser die Gefahr, die unserer deutschen Kultur durch die zunehmende dauernde Niederlassung von Slawen im Inland droht, um so mehr als diese Elemente in Preussen an ihren Rasseangehörigen den nötigen Rückhalt finden. Anstatt den Strom der Fremden einzudämmen, sei man leider noch bemüht, die Beschaffung ausländischer Arbeiter zu erleichtern. Als Aufgabe der nächsten Zukunft betrachtet Dr. Knoke die Regelung des Arbeitsnachweises, um die Verwirrung auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu beseitigen. Neben Sesshaftmachung inländischer Arbeiter fordert er auch im Anschluss an frühere Auslassungen des Archivs (Bd. II, S. 174 ff.) die Schaffung eines Einfuhrzolles auf ausländische Arbeiter, um als Ziel die gänzliche Fernhaltung der Ausländer vom deutschen Arbeitsmarkt anzubahnen. Es ist in der Tat ein Widerspruch, wenn wir und mit Recht die nationale Produktion zu schützen bestrebt sind, um dem deutschen Arbeiter diesen „nationalen“ Schutz zu versagen. Das Fehlen eines derartigen Einfuhrzolles auf ausländische Arbeiter bedeutet auch meines Erachtens eine Lücke in unserem Schutzzollsystem.

Maass.

Gesetz betreffend die Gründung neuer Ansiedlungen in den Provinzen Ostpreussen, Westpreussen, Brandenburg, Posen, Schlesien, Sachsen und Westfalen, vom 10. August 1904. Unter Benutzung der amtlichen Materialien, erläutert von M. Petersen, Generalkommissionspräsident. Zweite Auflage. Berlin. Carl Heymanns Verlag 1911.

Die vorliegende zweite Auflage ist durch Aufnahme der seit Erlass des Gesetzes ergangenen Entscheidungen des Obergerverwaltungsgerichts und des Kammergerichts ergänzt worden und dürfte gerade durch die sehr ausführlichen Erläuterungen den mit Handhabung dieses wichtigen Gesetzes betrauten Behörden von grossem Nutzen sein. Dem Gesetztext geht eine Vorgeschichte des Gesetzes voran. Der Anhang bringt ausser der Ausführungsanweisung das Gesetz von 1876 sowie die entsprechenden Gesetze für die neuen Provinzen nebst dem Ergänzungsgesetz von 1899.

M.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Dr. L. Maass, Charlottenburg. — Verlag: Deutsche Landbuchhandlung G. m. b. H., Berlin SW. 11. — Gedruckt in der Buchdruckerei der „Deutschen Tageszeitung“, Berlin SW. 11.

